

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehtsolidarisch Ende Juli
2021

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Der Landtag macht Pause – Corona aber nicht

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor einer Woche ging das Parlament in die Sommerpause. Die Pandemie allerdings legt schon wieder los, die Fallzahlen steigen stetig. Immer mehr Menschen scheinen den Eindruck zu gewinnen, dass die Gefahr einer möglicherweise tödlichen Corona-Infektion vorbei sei, doch das stimmt nicht. Noch immer genießt nur eine Minderheit der Menschen in Sachsen den vollen Impfschutz – das muss sich schleunigst ändern, wenn die Krankenhäuser auch im Herbst in Ruhe arbeiten und das alltägliche Leben nicht wieder beschränkt werden soll.

Nötig ist eine [breit angelegte Impf-Kampagne](#) auf allen Ebenen, die Koalition muss mit einer Stimme sprechen. Zuletzt waren wieder Scheingefechte zu beobachten, als es um die Aussetzung der Maskenpflicht beim Einkaufen ging. Der „Impfgipfel“ ging ohne konkrete Ergebnisse zu Ende – es muss nun allerdings schnell organisiert werden, [dass der Impfstoff zu den Leuten kommt \(nicht länger umgekehrt\)](#), und zwar unkompliziert. Wir begrüßen es, dass inzwischen Bewegung in die Sache gekommen ist.

Genießen wir dennoch den Sommer und bleiben wir hoffnungsfroh. Wir melden uns weiter zu Wort!

Herzliche Grüße,

Kevin Reißig, *Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Koalition kontra Klimaschutzgesetz
2. Katastrophenschutz und Warnsysteme verbessern
3. Neue Schule braucht das Land
4. Nicht das Recht des Stärkeren wüten lassen
5. Bleiberechts-offensive für Sachsen
6. Sorgearbeit aufwerten, öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen!
7. Immer mehr Angriffe auf Medienschaffende
8. Staatsregierung nimmt höhere Abwassergebühren in Kauf
9. Auch das gibt's

Koalition kontra Klimaschutzgesetz



© Christopher Colditz

Im Juli gab es wieder eine Demo vor dem Landtag – diesmal dafür, dass Sachsen ein Klimaschutzgesetz bekommt. Wir hatten einen umfassenden Entwurf zur Abstimmung gestellt, weil die Koalition das nicht hinkriegt. Die Kernpunkte gibt's in diesem kurzen Video. Es ist höchste Zeit für verbindliche Klimaziele – alle Menschen sollen ihrer sozialen Lage entsprechend das Klima schützen können, ohne dadurch überfordert zu

werden. Wir müssen die Klimaerhitzung bremsen, damit Flutkatastrophen, Trockenheit und Stürme nicht zur Regel werden. CDU, GRÜNE, SPD und Rechtsaußen haben das Gesetz allerdings abgelehnt. Sachsen bleibt also vorerst eines von wenigen Bundesländern ohne Klimaschutzgesetz. Wir lassen nicht locker!

Katastrophenschutz und Warnsysteme verbessern



Die neue Flutkatastrophe hat Sachsen zwar nicht so hart getroffen wie andere Länder, sie hat aber auch hier große Schäden verursacht. Die Menschen in den Hochwassergebieten brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe. Zudem muss die Staatsregierung analysieren, was bei Warnsystemen und Bevölkerungsschutz zu verbessern ist. Die CDU-Fraktion will einen Antrag zu erarbeiten, um die Regierung damit zu beauftragen – während man in der

dritten Landtagsetage noch mit einem Positionspapier beschäftigt war, um die deutsche „Rechtsschreibung“ (sic!) gegen „Gendersprache“ zu verteidigen, haben wir [einen solchen Antrag](#) bereits verfasst. [Vorschläge](#): wieder überall Sirenen installieren, wie in Rumänien oder Polen funkzellenbasierte Handy-Warnsysteme aufbauen, eine Elementarschäden-Pflichtversicherung voranbringen.

Neue Schule braucht das Land

Wir wollen nicht länger nur über Personalstellen und digitale Endgeräte sprechen, wenn es um Bildung geht. Wir müssen dringend darüber debattieren, was wie gelernt und gelehrt wird. [Besonders die CDU hat sich einer entsprechenden Debatte über eine neue Schulkultur allerdings verweigert](#), zu der wir [viele Vorschläge](#) gemacht haben (ausführlicher [hier](#)). Wir bleiben dennoch dran: Nicht einseitige Leistungsorientierung, sondern das Kindeswohl gehört in den Vordergrund. Der sogenannte Normalbetrieb vor Corona muss Geschichte sein.



Nicht das Recht des Stärkeren wüten lassen



Im Juli haben wir auch das Thema bezahlbares Wohnen auf die Tagesordnung gesetzt. Privatisierung (wie jüngst in [Klingenthal](#) und [Königswartha](#)) sichern es ebenso wenig die Empfehlung, die Leute sollten eben aufs Land ziehen, wenn sie in der Großstadt keine Wohnung mehr finden. Seit 2014 wurden [über 3.000 kommunale Wohnungen und kommunale Anteile an Wohnungsgesellschaften verkauft](#). Wir

können auf dem Wohnungsmarkt nicht das Recht des Stärkeren wüten lassen. In den letzten Jahren [stiegen die Angebotsmieten](#) in Leipzig um mehr als 42 Prozent, gefolgt von Dresden mit 30 Prozent und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 17 Prozent. Die Einkommen vieler Menschen halten damit nicht Schritt – staatliche Regulierung ist nötig, [und sie ist möglich](#). Der Wohnungsmarkt [entwickelt sich sonst weiterhin ungesund](#).

Bleiberechts-offensive für Sachsen

Nicht nur der Fall Faisal Jahangir aus Meißen, sondern auch die Abschiebung der Familie Imerlishvili aus Pirna sorgen weiter für viel Kritik und Debatten bis in die Koalition hinein. Die



Linksfraktion hat umfassende [Vorschläge für eine Bleiberechts-Offensive](#) gemacht: Die Behörden sollen ihren Spielraum stärker zugunsten der Betroffenen nutzen, anstatt alles in Bewegung zu setzen, um selbst gut integrierte und hier geborene Menschen hinauszuerwerfen. Bei einem [Pressegespräch im Landtag](#) kam neben der asylpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, [Juliane Nagel](#), auch die Familie Imerlishvili selbst zu Wort, außerdem [Hasibullah Ahmadzei](#) aus Dresden, der trotz des positiven Votums der Härtefallkommission immer noch keine Aufenthaltserlaubnis hat. Kritik übten

zudem [Charlotte Henke](#), Landessprecherin der Grünen Jugend, und [Jörg Eichler vom Sächsischen Flüchtlingsrat](#). Das Innenministerium muss endlich für eine humane Praxis sorgen!

Sorgearbeit aufwerten, öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen!



Jahrzehntelang hieß es aus vielen politischen Richtungen: Privat vor Staat, der Markt regelt alles. Spätestens die Pandemie zeigt, dass das ein Irrtum ist. Die soziale Infrastruktur muss arbeitsfähig sein. Auch Sachsen muss seine Krankenhäuser sowie den öffentlichen Gesundheitsdienst auskömmlich finanzieren. Das haben wir mit einem [Antrag im Landtag](#) erneut eingefordert. Auch die [Fürsorge- und](#)

[Vorsorgearbeit muss aufgewertet werden.](#)

Immer mehr Angriffe auf Medienschaffende



In Sachsen häufen sich Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten – in den letzten fünf Jahren wurden mindestens 86 politisch motivierte Straftaten gegen Medienschaffende bekannt, darunter mehr als zwei Dutzend Gewalttaten. Diese und weitere Fakten zeigt die Antwort der Regierung auf eine Große Anfrage unserer Fraktion (Drucksache 7/5868). Von Einzelfällen kann längst keine

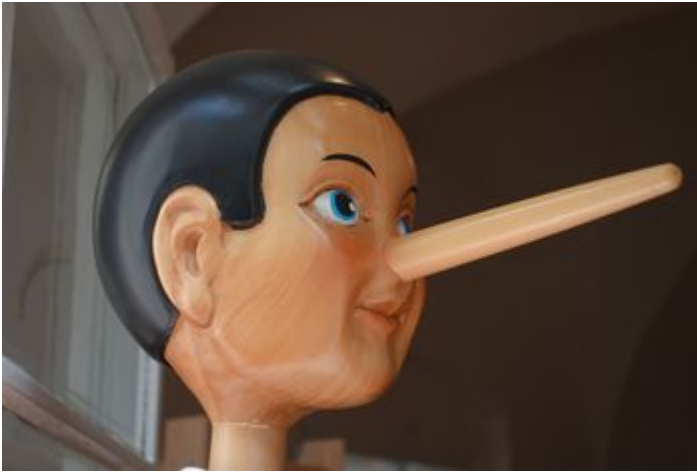
Rede mehr sein, Mobilisierungen der extremen Rechten spielen eine große Rolle. Wir haben im Landtagsplenum ein größeres Problembewusstsein vom Innenminister gefordert.

Staatsregierung nimmt höhere Abwassergebühren in Kauf



Wenn es nach Sachsenkenia geht, sollen manche Bürgerinnen und Bürger in Sachsen künftig höhere Abwassergebühren zahlen. Die Kommunen und Zweckverbände erhalten jetzt keine Fördermittel mehr, wenn sie Kanäle der zentralen Abwasseranlagen sanieren oder ersetzen. Um höhere Gebühren zu vermeiden, fordert die Linksfraktion in einem neuen Antrag die Staatsregierung dazu auf, den Förderstopp aufzuheben.

Auch das gibt's



Offenbar kann sich Sachsenkenia kaum noch auf gemeinsame Parlamentsanträge einigen. Also flieht die Koalition in außenpolitische Themen und ließ den Landtag im Juli über die Menschenrechtslage in Belarus diskutieren. Ein wichtiges Thema – bei dem wir aber konsequent sein sollten: Es reicht nicht, Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen. Wir haben die Koalition

deshalb per [Änderungsantrag](#) aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Opfer in einem beschleunigten Verfahren Asyl bekommen können. Das wollten CDU, GRÜNE und SPD allerdings nicht. Was hat die Debatte dann gebracht?

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)